



Die
Deutsche Bundesverfassung
und
ihr eigenthümliches Verhältniß
zu den
**Verfassungen Englands und der Vereinigten
Staaten.**

Zur Prüfung des Entwurfs der Siebenzehn.

Sendschreiben
an die
zum Deutschen Parlamente berufene Versammlung,
von
Christian Carl Josias Bunsen,
der Philosophie und der Rechte Doctor.

Frankfurt am Main.

Verlag der Hermann'schen Buchhandlung,
(J. E. Suchsland).

1848.



Gedruckt bei Heinrich Ludwig Brönnert.

London 7. Mai 1848.

Hohe Versammlung!

Sie sind berufen, das größte Werk zu unternehmen, welches je einer politischen Versammlung vorgelegen. Mehr als vierzig Millionen deutscher Brüder erwarten von Ihnen die Form des Gemeinwesens, wodurch sie, nach Jahrhunderten von Irrungen und Leiden, wieder zu einer Nation werden sollen. Die Fürsten und Regierungen Deutschlands erwarten von Ihnen gerechte und weise Berathung ihrer Lebensfrage: alle Freunde der gesetzlichen Freiheit in Europa die stärkste Gewähr des Friedens und das sicherste Unterpfand der Wiederkehr des geschwundenen Vertrauens. Die ganze gebildgte Welt hat ihre Blicke auf Sie geheftet. Sie können nur Großes thun im Guten oder im Bösen: Sie thun aber nothwendig Böses, wenn Sie die Frage, welche Ihnen vorliegt, nicht mit aller Macht, wie mit aller Entsagung, ihrer friedlichen Lösung entgegenführen, das heißt, der freien Einigung aller deutschen Stämme, Regierungen, Völker. Segen oder Fluch wird Ihnen folgen, in unserer Zeit und in der Weltgeschichte, je nach Ihrem Thun und Lassen in diesem Augenblicke.

Unter solchen Umständen werden sie keinem Sohne des Vaterlandes das Wort mißgönnen, wenn er sich Ihnen naht mit dem Ausdrücke seines Vertrauens, wie seiner Besorgnisse. Sie werden jeden Deutschen geduldig anhören, der von seinem Standpunkte aus Ihnen ein Wort zu sagen hat, wenn er auch nicht in Ihrer Mitte sitzt. Indem ich mich nun unterfange, Ihrer Prüfung einige

Gedanken vorzulegen über die Natur Ihrer Aufgabe, von dem Standpunkte des Verhältnisses unserer Zustände zu der Formel des englischen und amerikanischen Staats- und Volkslebens, glaube ich keiner weitem Entschuldigung zu bedürfen, als daß ich eben aus meinem Berufe und Handwerke heraus rede. Vielleicht erlauben Sie mir noch hinzuzufügen, daß die Ansicht, welche ich hier ausspreche, bei mir keine neue oder gelegentliche oder zufällige ist. Ich bin mir der Ideen, welche ihr zu Grunde liegen, seit dem Anfange meines dreißigjährigen öffentlichen Lebens bewußt. Sie schließen sich naturgemäß an die Lehren und Eindrücke an, welche ich beim Eintritte in das politische Leben von Niebuhr und Stein empfang, und an die Bestrebungen und Gelübde der ersten Jugend. Ich rede von den Gesinnungen, welche in den schwersten und größten Tagen unseres Volkes, in den Jahren von 1808 — 1813, mich und den Kreis der Freunde befeelte, in welchem ich das Glück hatte, zu leben, Freunde, deren einige (wie ich glaube) in ihrer Mitte sitzen werden. Diesen Bestrebungen und Gelübden jener Jahre, diesen Lehren und Ermahnungen der Helden jener Zeit treu geblieben zu sein in That und Gedanken, in Schwäche, aber mit redlicher Seele, auch in den dunkelsten Zeiten der jetzt geschwundenen dreißigjährigen Reaction: dessen bin ich mir bewußt, und dafür kann ich das Zeugniß Aller anrufen, welche mich gekannt haben. Daß ich, als 1840 die Hoffnung einer freien Entwicklung andrach, nicht der Letzte, wenn auch der Geringste, derer gewesen bin, welche die volle Freiheit und ihre Bürgschaften als die Rettung Deutschlands und seiner Regierungen angesehen, und in diesem Sinne geredet und gehandelt haben, das wissen, die es wissen können, und manche, die mich deshalb angefeindet.

Insbesondere aber ist der Standpunkt dieser Worte, die Vergleichung unserer Zustände, einerseits mit denen Englands, andererseits mit den nordamerikanischen, derselbe, welchen ich während meiner hiesigen Amtsführung als Vertreter einer deutschen Macht offen und laut geltend zu machen gesucht habe. Ich habe die Bedeutung einer solchen Vergleichung für das Verständniß unserer Aufgabe noch nirgends entwickelt gefunden, und manches gelesen, was mir aus einer Unklarheit über die Prinzipien der Anwendbarkeit jener Formen auf unsere Zustände hervorgegangen zu sein

scheint. Da sich mir nun eine bestimmte Ansicht darüber, als Frucht eigener Erfahrung und vielfacher Besprechungen mit den ersten Staatsmännern jener Nation gebildet, und da sie mir so zu sagen aus meinem Schicksal und Berufsleben von selbst hervorgewachsen ist, so darf ich vielleicht desto eher hoffen, die hohe Versammlung werde mich nicht der Unbescheidenheit und Anmaßung zeihen, wenn ich mein Schärfelein am Tage der Entscheidung zu ihren Füßen niederlege.

Ich habe hiernach wohl kaum nöthig hinzuzufügen, daß, was ich sage, m e i n e Privatan sicht, m e i n e persönliche Ueberzeugung ausspricht, und nur diese. Ich habe weder Auftrag, noch Beruf, noch Mittel, die meiner Regierung auszusprechen. Ich bediene mich nur, unter einem Ministerium, welches der Unabhängigkeit des Gedankens und der Selbstständigkeit der persönlichen Ueberzeugung huldigt, derselben Freiheit, welche ich mir auch in anderen Zeiten genommen habe, und welche mein königlicher Herr mir immer gern gegeben hat. Was mir aber vor Allem Muth giebt, vor Ihnen, hohe Versammlung, mit diesem geringen Worte zu erscheinen, ist das Bewußtsein, nie den Glauben an die Zukunft Deutschlands verloren, und diesen Glauben auch in der Fremde festgehalten zu haben, welche, selbst wo sie, wie hier, im Ganzen freundlich und anerkennend ist, doch, aus begreiflichen Ursachen, zum Theil durch unsere eigene Schuld, an der Zukunft Deutschlands noch unglaublich bleibt, obwohl sie beginnt, uns als Volk zu achten.

Ja, hohe Versammlung, ich glaube an die Zukunft Deutschlands; ich glaube, daß mir und meinen Altersgenossen noch die Freude zu Theil werden soll, das in Wirklichkeit zu schauen, was wir in den Tagen unserer Jugend erslehten und erstrebten, wofür viele von uns kämpften und starben. Wann sind solche Wunder geschehen in der Weltgeschichte, als wir in diesem Jahre erfahren? Und wo größere, und im weltgeschichtlichen Ganzen mehr tröstliche und ermuthigende, als in unserem Vaterland? Lassen Sie uns denn zuvörderst das als geschichtliches Ereigniß überblicken, was wir Alle wissen, was wir selbst erlebt und gesehen haben. Die Gegenwart gehört nur dem, welchem sie Geschichte wird.

Noch sind es nicht vier Monde, daß ein freisinniger deutscher Mann aufstand unter den Abgeordneten seines Landes, und den großen Gedanken des deutschen Parlamentes aussprach, im vollen Gefühle der Noth des Vaterlandes, und der Gefahr, womit ein System der Unterdrückung des Geistes im Osten Deutschlands, und des Truges und Scheines in Frankreich, trotz der warnenden Stimmen Deutschlands und Englands, ganz Europa bedrohte. Ein Mann, der deutschen Wissenschaft theuer, wie der Freiheit, unterstützt seinen Antrag in glühender Rede und mit prophetischem Geiste. Die ganze Versammlung jauchzt den muthigen Führern Beifall zu. Aber nicht auf Worte und Aufregung ist's abgesehen, und eben so wenig auf müßige Theorie. Fünfzig Männer, unter ihnen die Namen muthiger Vorkämpfer der freien Wissenschaft und Verfassung, treten in Heidelberg zusammen, noch in demselben Monate des Januars, und rufen Gleichgesinnte auf, sich mit ihnen in Frankfurt zu versammeln, um jenen hohen Zweck der Verwirklichung näher zu führen. Ein Ausschuß wird niedergesetzt, die Vorarbeiten für die große Frage zu unternehmen. Das Ende des Märzmonats wird anber. umt. Daß in Baden angeregte „deutsche Parlament“ wird eine Nationalsache: und die europäische Diplomatie und Staatsweisheit fragt erstaunt, was das seltsame Wort bedeute? Doch sie vergißt es bald; denn ihre Blicke richten sich auf Frankreich. Da bricht plötzlich am 24. Februar das Gebäude der französischen Regierung zusammen: aus ihren Trümmern ersteht die verborgene (von vielen nicht einmal geahndete) Macht des vierten Standes: die Umwälzung ist nicht sowohl eine politische, als eine gesellschaftliche. Der Schlag durchzuckt elektrisch ganz Europa. Alle deutschen Völker fühlen sich bewegt, alle Regierungen tief erschüttert; ja, alle gesellschaftlichen Verhältnisse werden mit Auflösung bedroht. Die Vierhundert versammeln sich in der alten Kaiserstadt am Main zum vorherbestimmten Tage, nicht früher, nicht später. Was Viele mit Furcht und Zittern vor Mord und Blutvergießen hatten beginnen sehen, die erste deutsche Volksversammlung, endet in großartiger Einmüthigkeit unter allgemeinem Jubel. Mit überwältigender Mehrheit schließt „das Vorparlament“ anarchische Bewegungen aus: mit weiser Mäßigung und hohem Muth bleibt es unerschütterlich fest bei dem Entschlusse,

sich der Berathung über die organischen Punkte der künftigen Verfassung gänzlich zu enthalten. Aber es sichert um so mehr das einmüthige Zusammenwirken der Regierungen, damit diese feierliche entscheidende Berathung sicher und ungesäumt stattfinde. Es wird festgesetzt, daß alle Regierungen aufgefordert werden, wo möglich binnen Monatsfrist, jedenfalls frühe im Maimonate, „das deutsche Parlament“ mit Männern zu beschicken die frei aus dem Volke gewählt worden, um sich unverzüglich in derselben Stadt zu versammeln, zur großen Entscheidung über die Form der Einheit. Der Bundestag und die Regierungen, ohne Ausnahme, sprechen und handeln in diesem Sinne, für diesen Zweck.

Unterdessen bleibt ein Ausschuß von fünfzig Männern in Frankfurt, mit keinem Rechte als dem des Volksvertrauens, und mit keiner Macht als der der öffentlichen Meinung und der Noth Deutschlands. Gleichzeitig verstärkt sich der Bundestag durch innere Verjüngung und durch die siebenzehn Vertrauensmänner, welche den siebenzehn Gesandten der deutschen Regierungen zur Seite stehen sollen. Deutschland sieht mit freudigem Stolz die Männer der Wissenschaft, die treuen Lehrer des jungen Geschlechtes, die Märtyrer der Freiheit und des freien Wortes, theils in die Reihe der Bundestagsgesandten, theils zwischen die Vertreter der Regierungen und die Volksmänner treten. Die Siebenzehn stellen sich selbst ihre Aufgabe: sie lassen dem Bundestage seine Berathungen und Beschlüsse als Bundesregierung, und schließen sich ein, um mit einander zu berathen.

Das unmöglich Scheinende wird möglich. In allen deutschen Staaten (in vielen zum erstenmale) werden Urwahlen vorbereitet und eingeleitet zu dem Parlamente deutscher Nation, ein Wort, mit welchem Europa auch jetzt noch keinen Sinn zu verbinden weiß. Gleichzeitig entwerfen zwei jener Männer, Dahlmann und Albrecht (zwei der Göttinger Sieben), die Grundlinien des Entwurfs, welchen sie dann ihren Genossen vorlegen.

Am Ende des vorigen Monats wird die Arbeit dem Bundestage, und bald darauf dem gesammten Volke übergeben. Und wie verschieden auch die Meinungen sein mögen über manche der wich-

tigsten Punkte dieses Entwurfes: darüber wird nur Eine Meinung in Deutschland sein, — und ich glaube sagen zu dürfen, in Europa, wenigstens (nach einer bedeutungsvollen Stimme zu urtheilen) in dem Musterlande politischer Erfahrung, in England, — daß ein großes Werk hier großartig behandelt, daß ein großer politischer Gedanke in klassisch gediegener Form ausgeprägt worden. Wahrlich, es sind in diesem schicksalsvollen Blatte für den Riesenbau des deutschen Reiches Grundsäulen aufgestellt, welche keine Zeit erschüttern, welche die freieste Berathung eines großen Volkes nur befestigen wird. Und gäbe es kein anderes Denkmal dessen, was die deutsche Wissenschaft und Nation in den vierzig Jahren ihres Wanderns durch die Wüste, vermöge der Kraft des freien Gedankens und des heiligen Ernstes der Gesinnung, für die praktische Gestaltung des Gemeinwesens erstrebt und errungen hat, — nicht allein für Deutschland, sondern für die ganze Welt — die Gediegenheit dieses Entwurfes würde ein glänzendes Zeugniß für sie ablegen bis in die späteste Zeit.

Das ist's, was unter uns in weniger als vier Monaten geschehen. Ist es nicht ein Wunder vor unsern Augen? Und sollte es nach diesem Wunder einem Deutschen erlaubt sein, an die Größe unserer Zukunft nicht mit ganzer Seele zu glauben?

Lassen Sie uns nun auch versuchen, das, was jetzt vorliegt, was Ihnen, hohe Versammlung, obliegt zu thun, uns zu beurtheilen, vom geschichtlichen Standpunkte zu begreifen. Nur so dürfen wir hoffen, einen Standpunkt zu gewinnen, der über individuelle Meinungen und Ansichten erhaben, und geeignet ist, uns vor der Aufregung und den Leidenschaften des Augenblicks zu sichern.

Keine Nation kann, ohne unterzugehen, sich eine größere Aufgabe stellen, als die das Geschick ihr, zu ihrer Stunde, vom Tagewerke der Weltgeschichte zuweist. Aber auch nicht eine kleinere.

Die Aufgabe, welche uns gestellt wird in diesem erhabenen Augenblicke, ist die größte, an welche sich der europäische Geist seit dem Untergange des römischen Reiches gewagt hat. Sie ist inner-

lich und äußerlich größer als diejenige, durch deren Lösung Hellas, und später Rom, die Geschicke der Menschheit für Jahrtausende bestimmten.

Erlauben Sie mir, hohe Versammlung, diese Behauptung durch wenige andeutende Worte zu rechtfertigen. Der Gedanke führt uns unmittelbar zum praktischen Ziele unserer Betrachtung.

Die alte Welt ward groß durch die geistige und politische Bildung und Herrschaft freier Städte mit ihrem Gebiete. Ueber die Stadt als Grundlage der Freiheit vermochte die alte Welt nie hinauszugehen. Rom selbst, als es den größten Theil des bekannten Erdkreises beherrschte, kannte keine Verfassung, welche den Segen selbstverwaltender und ebenbürtiger, mitregierender Freiheit auch nur über die italischen Völker verbreitet hätte.

Der germanische Geist stellte die Forderung, und gab die Möglichkeit, ein großes Volk, und also ein ganzes Land, zur Grundlage der Freiheit zu machen.

Nach langen Kämpfen des Mittelalters erst ward jene Möglichkeit wirklich.

Das System der Corporation im Volke mußte erst in allen seinen Gegensätzen sich entwickelt haben, bis das ganze Volk als Träger der politischen Freiheit anerkannt, und als die einzig bleibende Einleibung des politischen Geistes in ihm, dargestellt werden konnte. Der europäische Einheitsstaat war der nothwendige Gegensatz des Corporativsystems des Mittelalters. Er löste den Widerstreit zwischen Regierung und Volk in den meisten Ländern anscheinend zum Vortheile des Absolutismus. Aber der europäische Geist, erstarbt durch den gebildeten Bürgerstand, duldet ihn nur als Dictatur.

England stellte, erst seit 1688 mit voller Freiheit, den germanischen Gedanken in einem großen Maßstabe wirklich dar, jedoch als möglichst unegliederter Einheitsstaat, und in insularischer Form.

Der europäische Geist fand aber bald die Formel dieser großen Naturerscheinung. Die englische Verfassung, wie sie in ihren wesentlichen Bedingungen, unter veränderten Umständen, in der belgischen sich wiederholt hat, ist, was sie sein mußte, die Ausprägung

des starken und freien Einheitsstaates. Was diesem Grundgedanken der Einheit widerstrebte, hat im Laufe von anderthalb Jahrhunderten untergehen müssen. Was die Union mit Schottland begann, und die mit Irland vervollständigte, hat die Reform durch Verallgemeinerung der englischen Zustände, und durch deren Uebertragung auf Schottland und Irland vollendet. Auch Frankreich versuchte, hundert Jahre später, einen freien Einheitsstaat zu bilden. Für den Einheitsstaat hatten seine Könige seit dreihundert Jahren vorgearbeitet: die Republik verstärkte ihn durch die Kraft unbeschränkter Centralisation einer Volksmacht: das Kaiserreich durch die noch größere einer geordneten Beamten-Hierarchie nach dem durchgeführten Gesetze überwachender Verwaltung. Die Bourbonne nahmen dieß System als gute Erbschaft an, und bauten die parlamentarische Freiheit auf Regierungs-Verwaltung. Orleans wollte zuerst die Gemeinde frei geben; allein es geschah nicht: die Gemeinde wollte oder konnte sich nicht selbst regieren.

So ist bis auf unsere Zeit der Einheitsstaat in Frankreich erstrebt, auf ganz entgegengesetzter innerer Grundanlage mit dem germanischen. Der englische Einheitsstaat ist gebaut auf Selbst-Regierung, auf das was die frühere Schule bei uns die freie Verwaltung nannte. Der englische Staatsorganismus ist die Gesamtwirkung der selbständigen Bewegung aller unteren Sphären, von der Gemeinde an. Das englische Volk ist wesentlich frei deshalb, weil es seine eigenen Geschäfte treibt, in der Gemeinde, im Bezirke, in der Grafschaft, ohne Beamte der Central-Regierung.

Die parlamentarische Freiheit Frankreichs beruht nur auf der Gleichheit Aller vor dem Gesetze; aber hinsichtlich der Verwaltung und Regierung ist diese Gleichheit nicht eine Gleichheit der Freiheit, sondern der Bevormundung.

Dieß ist ein Widerspruch: ihn lösen zu wollen dadurch, daß man an die Stelle einer Central-Monarchie eine Central-Republik setzt, heißt nichts anders als den Widerspruch größer machen. Denn Republik ist eine Frucht der höchsten Selbstregierung des ganzen Organismus, und im jetzigen Weltalter außerdem in großem Maßstab nirgends denkbar als unbeschränkte Centralgewalt,

ohne Verbündung (Föderalismus), wovon wir bald werden zu reden haben. Nach sechzig Jahren Ummälzungen ist der Vorschlag, welchen in diesen Tagen der größte Denker und Schriftsteller Frankreichs, Lamennais, gemacht, der Vorschlag der Darstellung der freien Gemeinde, der selbstregierenden Munizipalität, der erste Schritt, um die wahrhafte Freiheit in Frankreich wirklich zu machen. Denn ähnliche Gedanken in 1789 kamen nie vom Papier in die Wirklichkeit. Ob sie es jetzt thun, steht zu erwarten. Möge es dem edeln Lamartine beschieden sein, der Washington seines Landes im wahren Sinne des Wortes zu werden! Erst wenn der Gedanke der Selbstregierung redlich gewollt und durch aufopfernde und einsichtige Selbstthätigkeit der Bürger verwirklicht wird, erst dann hat Frankreich den sozialen politischen Grund zu legen begonnen, auf welchem die germanische Freiheit Englands ruht, und in welchem Alles wurzelt, was bei uns von wahrer Freiheit erstrebt und errungen ist. Die Freiheit Alles zu reden und zu schreiben ist nur die formelle Bedingung: an sich kann sie eben so gut zur Anarchie und zum Despotismus führen, als zur geordneten Freiheit. Aber freie Selbstregierung führt mit Nothwendigkeit zur freien Verfassung des ganzen Staates. Sie, und nur sie allein, kann diese Verfassung immerwieder verjüngen durch volksmäßige Fortbildung des Bestehenden, so lange noch politisches Leben und bürgerliche Tugend im Volke lebt.

Bei dieser Verfassung des Einheitsstaates erscheint die Monarchie als Schützerin aller, der mehr aristokratischen wie der mehr demokratischen, Freiheiten: eine Verbindung dreier Elemente, welche Aristoteles und Cicero als das nicht verwirklichte Urbild der wahren Republik, d. h. des wahren freien Staates oder Gemeinwesens, darstellten. Der Typus der englischen Verfassung, d. h. diese Form in ihrer Idee aufgefaßt, ist klassisch, weil naturgemäß. Zu diesem allgemeinen Typus gehört aber die Form des Herrenhauses als ausschließlich erblicher Pärte eben so wenig als irgend ein Censur oder eine andere Wahlbedingung: wesentlich gehört dazu nur die auf der freien Gemeinde ruhende Regierung durch ein erbliches monarchisches Oberhaupt, welches durch verantwortliche Minister die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt mit einer doppelten Versammlung theilt: nämlich mit dem Ausdrucke des überwiegend erhaltenden

Elements im Oberhause oder Senate, und mit der Darstellung des vorherrschend fortbildenden oder Bewegungs-Elements im Unterhause, dem Hause der jezeitig gewählten Volksvertreter. Die nähere Gestaltung hängt so ganz mit den Elementen zusammen, welche für beide Häuser sich in der Nation vorfinden, daß die belgische Verfassung so gut in diesen Typus paßt als die englische selbst. Wir nennen diese Verfassung hier nicht allein vorzugsweise deswegen, weil sie die freieste festländische Nachbildung der englischen Form ist, sondern besonders, weil sie mit der englischen Verfassung das gemein hat, was wir als nothwendige Grundlage und Bedingung jedes freien Einheitsstaates erkannt haben: die Selbstregierung der Gemeinde.

Das ist der Typus des freien Einheitsstaates, im Gegensatz nicht nur des unfreien Polizeistaates, sondern auch des französischen und überhaupt bisher des romanischen Parlamentstaates. Dieser hat sich bisher wesentlich in der Verwaltung gestaltet als Centralisations- und Beamtenstaat. Er ruht viel mehr auf der Gleichheit des Regiertwerdens als auf naturgemäßem Selbstregieren des Volkes. Diese Form ist mit der wirklichen Freiheit und politischen Erhebung und Ausbildung der ganzen Nation durchaus unvereinbar. Hätten wir also den freien Einheitsstaat zu erstreben, so würden wir ihn nicht in Frankreich suchen, weder in dem von 1790 oder von 1815, noch auch in dem von 1830, worin außerdem das Oberhaus als Pärte zerstört wurde durch Abschaffung der Erblichkeit, ohne daß ein Senat an die Stelle getreten wäre: noch endlich, wie die Sachen bis jetzt stehen, in der Central-Republik von 1848. Wir finden vielmehr lehrreiche Erfahrung und passendes Vorbild in dem germanischen England und in dem aus einem Bündel freier Städte und sich selbst verwaltender Landschaften hervorgegangenen Belgien.

Aber das ist Deutschlands Aufgabe nicht. Wir sind ein Bundesvolk, durch Geschichte und Wirklichkeit.

Der freie Bundesstaat nun hat sich seit siebenzig Jahren in den Vereinigten Staaten Nord-Amerika's ausgebildet. Er wurzelt, rein germanisch, in dem Prinzipie der freien Selbstregierung.

Die einzelnen Staaten Nord-Amerika's sind aus den freien Gemeinden und freien Landschaften der englischen Pflanzler aufgeblüht, und die Union ist, als die Frucht, mit Nothwendigkeit aus dieser Blüthe hervorgegangen. Auch bei uns ist naturgemäß die Freiheit (nur mehr oder weniger bewußt und durchgeführt) von der Freimachung der Grundlage aller staatlichen Verhältnisse, der Gemeinde, ausgegangen. Ebenso hat man an die freie Bundesverfassung bei uns nicht gedacht, bis die constitutionelle Gestaltung der einzelnen Staaten erfolgt oder (mit Ausnahme Oesterreichs) vollständig vorbereitet war.

Es ist zur Erkennung des wesentlichen Typus des Bundesstaates vor Allem nöthig, dasjenige zu unterscheiden, was dem freien Bundesstaat als solchem nothwendig zukommt, und das was ihm in Amerika seine bestimmtere, besonderheitliche Gestalt giebt, insofern die Form der Verfassung aller Staaten, wie die der Union selbst, die der demokratischen Republik ist.

Diese Form war dort, und ist noch jetzt, die einzig mögliche, weil allein naturgemäße.

Freie Auswanderer und Pflanzler gründeten allmählich einen ihrer gemeindlichen und landschaftlichen Form entsprechenden Bundesstaat, welcher, bei verhältnißmäßig sehr dünner Bevölkerung, sich auf unübersehbaren Landesflächen eines halben Welttheiles, fortgesetzt durch individuelle Volksbewegung ausbreitet. Wie soll hier eine andere Regierung stattfinden? Das Land erträgt kaum irgend eine Regierung: nur der einfachste Organismus des Bundesstaates ist möglich.

Innerhalb dieser Form aber hat die Riesenrepublik, in den einzelnen Staaten, wie in der Bundesverfassung, alle nur ersinnliche Gestaltungen versucht. Das Einkammersystem ist allenthalben, wo es ursprünglich bestand, dem Zweikammersystem gewichen. Das System der Wahlen, sowohl derer, welche aus den Kammern der Staaten hervorgehen, als derer, welche von dem Volke unmittelbar vorgenommen werden, ist ebenfalls die verschiedenen Phasen der Entwicklung durchgegangen. Diese Erfahrung der Vereinigten Staaten ist eine köstliche, und keineswegs bloß für demokratische

Republiken. Sie ist höchst lehrreich für freie Staaten überhaupt, und für Bundesstaaten insbesondere.

Die Formen, welche sich ihr in dieser freien Ausbildung bewährt haben, sind, sobald man das Wesentliche vom Zufälligen, das Besondere vom Allgemeinen unterscheidet, im Ganzen für den freien Bundesstaat ebenso klassisch als die englische für den freien Einheitsstaat. Beide ruhen, jeder in seiner Weise, auf einem lebendigen Organismus des freien Lebens, und ihre politische Wahrheit ist in dem unveränderlichen Wesen der menschlichen Natur begründet. Wir überschauen die amerikanischen Formen von diesem Gesichtspunkte. Freie, selbständige Staaten verbinden sich zu einem Bundesstaat. Ihre Selbständigkeit ist die Grundlage, welche nur durch ausdrückliches Aufgeben bestimmter Rechte an die Bundesregierung beschränkt werden kann. Die zwei Mitglieder, welche jeder Staat, als solcher, in den Senat der Union schickt, werden gewählt von und aus der gesetzgebenden Versammlung des einzelnen Staats. Sie stellen diesen Staat als eine untheilbare Selbständigkeit dar, und gewährleisten diese Selbständigkeit. Hier gilt kein Unterschied des Umfangs und der Bevölkerung des Staates. Der kleine, wie der große, ist eine politische Einheit, deren Ausdruck nicht fehlen darf.

Aber dem Ausdrucke der Selbständigkeit der einzelnen Staaten, oder der Besonnenheit des staatlichen Lebens, muß in einem wahren Bundesstaate zur Seite stehen der Ausdruck der Allgemeinheit, die Darstellung des gesammten, zu einer Nation verbundenen Volkes.

Das Haus der Abgeordneten ist in der amerikanischen Verfassung das Volkshaus, das heißt, das Haus des gesammten Volkes der Union. Hier entscheidet also naturgemäß die Bevölkerung für die Zahl der Vertreter.

Beide Häuser zusammen bilden mit dem Präsidenten den gesetzgebenden Körper. Vom constitutionellen Standpunkte ist ihr Unterschied dieser: Der Senat ist der Ausdruck der Mehrheit in der Regierung des Staates zur Zeit der sechsjährigen Ernennung. Das Haus der Abgeordneten ist die unmittelbare Darstellung des Volksgeistes bei der zweijährigen Volkswahl. Aber der Senat

theilt mit dem auf vier Jahre gewählten Präsidenten große und wichtige Rechte der Verwaltung. Er hat ein Veto bei der Ernennung der Vertreter des Bundes im Auslande, bei der zu allen wichtigen Aemtern in der Union (Minister und Richter eingeschlossen), und bei der aller Offiziere im Heere und in der Flotte. Eine Mehrheit von zwei Dritteln des Senats ist zur Genehmigung der Verträge erforderlich. Diese Theilnahme an der Regierung hat sich nie als störend, oft als heilsamer Schutz vor einseitiger Parteisucht gezeigt. Vermöge dieser Stellung, und vermöge der politischen Erfahrung, welche die Wahl der Senatoren durch die gesetzgebenden Versammlungen, und aus ihrer Mitte bedingt, ist es zu erklären, daß jene, jetzt aus 58 Mitgliedern bestehende Versammlung, eine ungleich bedeutendere Stelle hat, als selbst das stattliche Herrenhaus in England. Sie verleiht der Regierung Kraft, wie sie der Freiheit eine besonnene Entwicklung sichert, und den Friedensstand vor leidenschaftlichen Störungen bewahrt.

Wenn der so gebildete und so gestellte amerikanische Senat das eigenthümlichste Organ des Bundesstaates als solches ist, im Gegensatz des Einheitsstaates: so muß als Kern und gleichsam Grundfels des ganzen Baues der Verfassung der oberste Bundesgerichtshof betrachtet werden. Es ist diese Behörde, welche eine, ihrer Natur nach, großen Schwankungen und oft gewaltsamen Volksbewegungen ausgesetzte, außerdem ihrem Oberhaupte nach schwache Regierung durch die erhabene Kraft der Gerechtigkeit stählt, und durch die Strenge rechtlicher Formen reinigt. Der Gerichtshof der Union entscheidet die Streitigkeiten der Staaten, und setzt an die Stelle des politischen Kampfes die Ruhe der richterlichen Untersuchung.

Bei der Stellung des Präsidenten tritt nicht sowohl der Unterschied des Bundes- und Einheitsstaates hervor, als die Verschiedenheit der Republik und der Monarchie. Das Wesentliche hierbei ist das heilige Recht der bedingt freien Persönlichkeit, als einer Gewissensmacht, gegenüber der unverantwortlichen Mehrheit. Die Menschheit ehrt sich in einer solchen Stellung, indem sie das verantwortliche Gewissen so weit über die Entscheidung durch Mehrheiten setzt, daß es sich frei und mit Nachdruck dagegen aussprechen darf. Das Vetorecht ist nichts als die Form dieser persönlichen,

verantwortlichen Freiheit. Das Veto des Präsidenten weicht nur einem erneuerten Beschlusse beider Häuser mit einer Mehrheit von zwei Drittheilen, statt der sonst geltenden schlechthinnigen Mehrheit.

In der constitutionellen Monarchie ist das Staatsoberhaupt unverklich; die Verantwortlichkeit fällt auf seine Minister. In den Vereinigten Staaten ist der Präsident selbst, und er vor allen, den beiden Häusern verantwortlich. Er ist der oberste Beamtete: die Minister sind ihm verantwortlich, wie die Untergebenen dem Vorgesetzten. Alles dies ist gut, weil es wahr ist, und es ist wahr, weil es im Wesentlichen der gegebenen Wirklichkeit der Menschen und der gesellschaftlichen Verhältnisse entspricht. Es ist daher ganz naturgemäß und richtig, wenn die Schweizerische Eidgenossenschaft sich jetzt nach dieser, in Amerika ausgeprägten Formel des republikanischen Bundesstaates neu zu gestalten sucht. Das Streben danach war ein politischer Lebenstrieb der Verjüngung.

Was sucht nun Deutschland?

Nicht den englischen Einheitsstaat. Er wäre nicht allein unmöglich, sondern er wäre für uns ein Rückschritt. Der gegliederte Organismus steht in der Natur auf der Stufenleiter der organischen Wesen höher als der ungegliederte oder weniger gegliederte. Selbständigkeit der Einzelnen, bedingt durch den Zweck des Ganzen, ist die Natur jedes lebendigen Organes in der Natur. Ebenso ist es eine höhere Entwicklung der Freiheit, wenn die Central-Einheit eines parlamentarischen Staates nicht auf bloßen Gemeinden oder Verwaltungs-Abtheilungen, sondern auf bedingt selbständigen Staaten ruht. Bei größeren und politisch ausgebildeten Nationen ist diese letztere Form fast eine Naturnothwendigkeit. Denn nur so wird die allgemeine Vertlichkeit des politischen, und also des ganzen geistigen Lebens der Nation zu sichern sein. Je größer die Nation, desto mehr ist die Centralisation der gesetzgebenden Gewalt ohne Landschaftlichkeit und Verbindung (Föderalismus) eine Gefährdung der Freiheit und eine Ertdtötung des politischen Lebens im Volke. Auch ein Volksleben wird getddtet durch das Zuströmen des Blutes nach dem Haupte; es stirbt ab, zuerst geistig, dann politisch. Dies gilt in gewisser Hinsicht für den freien Einheitsstaat noch mehr als für den despotisch regierten. Die vollendete

Centralisation eines allmächtigen Parlamentes ist politisch einer der „tausend Wege des Todes“ für das Volksleben, und eine Centralrepublik ist das Siegel dieses Todes, falls sie mehr sein will als die Vermittelung eines Anfanges der wahren Freiheit, und als Uebergang von einem Systeme des Scheines und des Truges zu einem der Wahrheit und des allgemeinen Vertrauens.

Also Englands Formen können uns nicht genügen. Unsere Aufgabe ist eine andere: ich glaube eine höhere; ich meine, sie ist die Form der Zukunft. Aber gewiß ist sie die der ganzen germanischen Vergangenheit in Deutschland, und jeder wird zugeben, daß sie eine von der englischen Aufgabe wesentlich verschiedene sei.

Die amerikanische Formel ist die eines Bundesstaates. Insofern ist sie nothwendig die unsrige.

Allein, mit Ausnahme der vier freien Städte, sind die selbstständigen Staaten Deutschlands nicht Demokratien, wie die nordamerikanischen, sondern constitutionelle Monarchien, ihrer Anlage und ihrer Richtung nach, von der englisch-belgischen Formel. Unter ihnen stehen obenan ein Kaiserstaat und ein Königsstaat, welche seit 1815 ihren Platz als zwei der fünf europäischen Großmächte einnehmen. Dann folgen vier Königreiche, alle, wie jene beiden Großmächte, durch nationale Fürstenhäuser regiert, welche mit den von ihnen regierten Stämmen und ihrer Geschichte innig verwachsen sind. Dasselbe gilt, im Maßstabe ihrer Größe, von den übrigen großherzoglichen, herzoglichen und fürstlichen Häusern: alle stellen, wenn man Lichtenstein beseitigt, und die verschiedenen Linien einiger andern kleinen Familien auf Einen Stamm zurückführt, einen Einheitsstaat dar. Viele jener Fürsten sind die bei weitem größten Grundbesitzer ihres Landes. Für das wissenschaftliche und künstlerische Leben der Nation bilden die Fürsten mehr oder weniger einen schützenden und fördernden Mittelpunkt. Alle unsere Fürstenhäuser haben geschichtlichen Ruhm: sie haben Helden in ihrem Stamme aufzuweisen; mehrere, selbst der kleineren, haben Deutschland Kaiser gegeben.

Wenn also eine weise und wahre Bundesverfassung nur diejenige heißen kann, welche die gegebenen politischen Elemente vereinigt, so ist es unmöglich, auf eine solche Grundlage constitutionell monar-

chischer Bundesstaaten eine republikanische Bundesregierung zu setzen. Dieß wäre eine vollständige Umwälzung gesetzlich bestehender Wirklichkeit, und die Nation hat mit tausendfachen Stimmen erklärt, daß sie diese Umwälzung nicht will. Dieß genügt zur Verständigung.

Ich selbst aber, hohe Versammlung, lege über diesen Punkt unbedenklich mein persönliches Glaubensbekenntniß offen dahin ab, daß ich die constitutionelle Monarchie, da wo sich die Elemente für sie finden, auch im Bundesstaate für die vollkommenste Form halte. Nur sie sichert die größte Freiheit bei der größten Entwicklung. Ihr Organismus ist ein höherer und umfassenderer. Die Vereinigten Staaten könnten keine Monarchie sich einverleiben ohne unterzugehen: Deutschland, als constitutionelles Kaiserreich, könnte unbedenklich eine Republik zum Bundesgliede in sich aufnehmen, ohne dadurch wesentlich mehr theilhaftig zu werden in seinem Gesamtorganismus als jetzt durch die vier freien Städte geschieht, welche vielmehr eine herrliche Zierde der Nation sind, und der ich uns mehr wünschte, wie sie das alte Reich besaß.

Auf jeden Fall wird es für unsere Betrachtung sich nicht darum handeln können, jenes dynastisch=constitutionelle Element zu beseitigen oder zu übergehen, sondern vielmehr nur ihm seine rechte Stellung anzuweisen. Diese aber kann keine andere sein, als eine solche, welche eben so wohl der Natur jenes Elementes als dem Zwecke und Heile des Ganzen entspricht.

Nach dieser vorläufigen Verständigung bitte ich Sie, hohe Versammlung, um die Gewogenheit, mit mir die einzelnen Theile des Entwurfes zu prüfen. Ich finde mich im Gewissen gedrungen, von ihm in einzelnen, und zwar sehr wichtigen Punkten, abzuweichen. Allein so glücklich ist im Allgemeinen der Griff in die zu gestaltende Wirklichkeit, so musterhaft die Gediegenheit der Fassung, so plastisch, so gegossen die Fassung, daß ich nichts desto weniger die Ueberzeugung trage, dieser Entwurf sollte von den Regierungen anerkannt und der Berathung zu Grunde gelegt werden.

Die Methode, welche ich Ihnen vorschlage bei unserer Prüfung zu befolgen, liegt in den vorhergehenden Betrachtungen. Die Grund-

lage, der entscheidende Maßstab einer solchen Prüfung, kann uns nichts anders sein als die Wirklichkeit unserer eigenen Gegenwart. Um uns aber über diese Grundbedingung der eigenen Aufgabe zu größerer Klarheit zu verhelfen, lassen Sie uns die Formel des Staats unserer Zukunft an die beiden klassischen Typen, sowohl des europäischen Einheitsstaates, als des amerikanischen Bundesstaates halten, und das jedesmal Entsprechende und Anwendbare auffuchen.

Es wird sich so, wenn ich nicht irre, hierbei vor Allem darum handeln, daß wir bei der Frage um die Anwendbarkeit des einen oder andern Typus auf unsere künftige Bundesverfassung uns recht klar machen, was davon der constitutionellen Monarchie angehöre, nicht aber der Form des Einzelstaates, in welcher sie bisher ausgeprägt worden: und eben so, was dem freien Bundesstaate, als solchem, wesentlich zugehöre, nicht aber der demokratisch-republikanischen Form, in welcher er zuerst geboren und bisher allein ausgebildet ist.

Deutschland hat offenbar den Beruf, die constitutionelle Monarchie in der Form des Bundesstaates zu entwickeln, und dadurch den Typus derselben zu verallgemeinern und zu einer höhern Geltung zu erheben. Oder, von der andern Seite her betrachtet: Deutschland ist berufen, der Form des freien Bundesstaates eine neue (und, wie ich glaube, höhere, weil mehr gegliederte und gesicherte) Entwicklung in der Weltgeschichte vorzuzeichnen.

Wenn wir das Ganze der organischen Einrichtung des Bundesstaates überblicken, welche der Entwurf vorschlägt, so finden wir im Allgemeinen die oben umrissene Zeichnung des amerikanischen Bundesstaates wieder:

- Die bedingte Selbständigkeit aller einzelnen Staaten.
- Ein persönliches Haupt der Regierung, das Bundeshaupt.
- Einen Senat.
- Ein Haus der Volksvertreter, das Volkshaus.
- Ein Bundesgericht.

Diese Gliederung muß uns nach dem Obigen durchaus organisch und naturgemäß erscheinen. Das Eigenthümlichste bei dem Entwurfe ist der vierte der fünf Artikel dieser Verfassung: „Grund-

rechte des deutschen Volks.“ Ich habe darüber nichts zu sagen, als daß wir Alle keines dieser kostbaren Rechte missen wollen, und nicht bedürfen, daß uns irgend eines mehr zugesichert werde. Ganz besondere Freude aber macht mir das letzte dieser Grundrechte: es ist neu, nicht in Europa allein, wo, außer in Preußen, bis jetzt nach dem entgegengesetzten Prinzipie gehandelt wird, sondern auch in Amerika, wo wenigstens der Grundsatz nie ausgesprochen ist, noch von der Bundesregierung beachtet wird. Die nichtdeutschen Stämme sollen, „durch Gleichberechtigung ihrer Sprache in Rücksicht auf Unterricht, und innere Verwaltung“ den Segen der „Freiheit volksthümlicher Entwicklung“ genießen. Das ist gerecht und weise. Es ist würdig der Nation, welche in diesem Augenblicke ihre eigene Volksthümlichkeit vor der Welt geltend macht, und des Zeitalters, dessen Zukunft in dem Prinzip der Nationalität liegt.

Der letzte Artikel „Gewähr der Reichsgrundsätze“ giebt mir zu keiner Bemerkung Anlaß; eben so wenig der kurze, aber bedeutsame, erste Artikel: „Grundlagen.“

Es bleiben uns also nur der zweite und dritte Artikel zu beleuchten übrig: „Bedeutung des Reichs“ und „Verfassung des Reichs.“ Diesen letzteren, denke ich, betrachten wir nach seinen drei Abtheilungen am besten in der Folge, wie dieselben mehr Schwierigkeiten darbieten: zuerst das „Reichsgericht“ (C), dann den „Reichstag“ (B), zuletzt das „Reichsoberhaupt“ (A), mit welchem letzteren wir den zweiten Artikel verbinden wollen.

Das Bundesgericht. (Artikel III. C.)

Wir beginnen mit diesem, weil wir darin bereits oben den eigentlichen Kern des freien Bundesstaates erkannt haben, und wir stehen nicht an zu sagen, daß das deutsche Bundesgericht des Entwurfs nicht allein würdig neben dem der Vereinigten Staaten dastete, sondern entschieden eine Verbesserung desselben werde heißen können. Die bisherige Bundesverfassung hatte, namentlich seit 1840, mit Einsicht und richtigem Takte nach diesem Ziele hingearbeitet; aber es hatten sich dabei auch die Verschleppung

und Ohnmacht und alle die Mängel offenbart, welche einer Bundesregierung ohne Vertretung des Volkselementes nothwendig anflehen.

Die Zusammensetzung des Gerichtshofes entspricht ganz der Wirklichkeit: und das ist ein nie genug zu rühmendes Verdienst bei einer jeden Verfassung, und eine Seltenheit bei allen neuen! Die drei großen Elemente der Bundesverfassung sind gleichmäßig in ihm vertreten. Ein Drittel der Richter wird vom Reichsoberhaupt ernannt, ein Drittel vom Oberhause, ein Drittel vom Unterhause. Untadelig ist auch die Stellung dieser Richter. Alle sind auf Lebenszeit ernannt, unabsetzbar, und der Reichsrichter kann kein anderweiter Beamter sein, noch einem der beiden Häuser angehören. Daß alle aus dem Richterstande des Landes, oder aus Männern gewählt werden, welche nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und der Sitte dazu befähigt sind, versteht sich unter Deutschen von selbst.

Was die Zuständigkeit dieses Gerichtshofes betrifft, so ist der Zweck der erleuchteten Urheber des Entwurfes offenbar dieser gewesen: keinen Fall ohne seine Erledigung, keine Beschwerde ohne ihre gesetzliche Abstellung zu lassen. Daraus, und aus der gegenwärtigen Unvollständigkeit der constitutionellen Einrichtung in vielen einzelnen Staaten, erklären wir uns den Vorschlag, daß jene Zuständigkeit ausgedehnt werde auf Klagsachen von Privatpersonen gegen regierende deutsche Fürsten, „insofern es an der Zuständigkeit eines Landesgerichtes fehlt.“ Da für die kleineren Staaten ganz unabhängige Oberappellationshöfe errichtet sind, so dürfte sonst ein solches Recht, wenn die Verfügung nicht als vorübergehende Einrichtung gedacht werden soll, sondern als bleibende, gegen das Prinzip der Selbständigkeit der einzelnen Staaten anstoßen. In den Vereinigten Staaten sind dergleichen Klagsachen von Privatpersonen gegen die Regierung eines Staates ganz unzulässig.

Daß der Gerichtshof in oberster Instanz über Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege entscheiden soll, scheint mir unverfänglich; denn es heißt ausdrücklich, daß dergleichen Beschwerden nach der Verfassung eines jeden Landes zu beurtheilen sein werden; und es ist offenbar nicht darauf abgesehen, aus Nürn-

berg ein zweites Wehlar zu machen, den „Olymp der deutschen Prozesse“ (wo nämlich die Unsterblichen wohnen): ich hoffe aber, daß auch dieser Punkt ein todter Buchstabe bleiben werde.

Daß bei Entscheidung in Fällen von Hoch- und Landesverrath und Majestätsverbrechen Geschworene zugezogen werden sollen für die Entscheidung über den Thatbestand, ist ebenfalls ein eigenthümlicher Zug, und, wie wir glauben, eine Verbesserung im Sinne der Freiheit. Die wichtigste und eigenthümlichste Befugniß ist die, zu richten bei Anklagen gegen die Reichsminister.

Es ist höchst zweckmäßig, daß der Hof dazu verwendet werden soll, dem Reichsoberhaupte (wie die Kronanwälte in England) Gutachten abzugeben. Ich möchte dieß aber nicht allein auf Fälle angeblicher Verletzung staatsrechtlich verbürgter Rechte durch Gesetze oder Regierungshandlungen der einzelnen Staaten beschränkt sehen. Vielleicht könnten sie auch das Recht erhalten, ohne Stimme ihren Platz im Parlament einzunehmen, um bei schwierigen Verhandlungen, auf Befragen, Auskunft über den Rechtspunkt zu ertheilen.

Auch darum scheint es mir ein Mißstand, daß Bundesgericht und Reichstag nicht in derselben Stadt sitzen. Das Bundesgericht der Vereinigten Staaten sitzt in Washington. Man traut doch wohl einem solchen deutschen Gerichtshofe zu, daß er auch in der Kaiserstadt unabhängig bleiben werde? Der Mißstand der Trennung ist groß, wie soll es nun gar werden, wenn ein Minister in Anklagestand versetzt wird? Außerdem scheint mir Frankfurt zu jedem andern Zwecke als etwa dem, wofür es geschichtliche deutsche Stadt ist, die Kaiserkrönung, höchst ungeschickt gelegen. Es liegt zu sehr an den Gränzen, zu sehr ausgesetzt. Außerdem, wie soll der Kaiser in einer Stadt wohnen, die eine selbständige Regierung hat? Nürnberg dagegen, im Mittelpunkte Deutschlands, paßt vortrefflich für den Reichstag. Natürlich würde es nöthig sein, daß der König von Bayern, als Landesherr, sie gegen billige Geldentschädigung dem Reiche überließe. Hätte diese Schwierigkeit, so würde der König von Preußen anzugehen sein, Erfurt, Stadt und Kreis, zu diesem Zwecke abzutreten. Es ist wichtig, daß man sich darüber bald verständige, obwohl vielleicht unnöthig, daraus einen Paragraphen des Grundgesetzes zu machen. Aber es werden große und kostbare Bau-

lichkeiten aufgeführt werden müssen, und manche andere bleibende Einrichtungen zu treffen sein, sowohl für Bundesgericht als Reichstag, den Kaiser, und seine Behörden.

Doch, wo auch das Bundesgericht sich ansiedle, es ist im Entwurfe ganz was es sein soll: das gerichtliche Auge der Reichsregierung für die Aufrechterhaltung der Verfassung, und der Schiedsrichter bei Streitigkeiten einzelner Staaten und vielleicht in außerordentlichen Fällen, so lange die einzelnen Staaten nicht hinlänglichen oder zweifelhaften Schutz gewähren. Es wird in Wirklichkeit das werden, was Wien und Wexlar sein sollten, aber nie waren. Es wird unter den Augen der Oeffentlichkeit, und auf dem immer frischen Grunde eines gesunden Volkslebens, in kürzester Frist, und mit dem ganzen Gewichte des allgemeinen Vertrauens, dasjenige leisten, was jene veralteten, alles volksthümlichen Elementes entbehrenden Anstalten entweder gar nicht, oder nur mit endloser Verschleppung und in ungenügender Weise leisteten, und was auch seit 1815 im Bunde nicht hat bewerkstelligt werden können.

Das Haus der Volksvertreter.

(Artikel III. B.)

Das Unterhaus wird aus je einem Abgeordneten für 100,000, also nach der gegenwärtigen Bevölkerung aus etwa 450 Mitgliedern bestehen. Die Einheit des Maßstabes und der Umfang der Versammlung scheinen mir in jeder Hinsicht richtig gegriffen.

Für die Wahl wird nur der Grundsatz festgestellt, daß die Volksvertreter von der Bevölkerung des Staates und aus dem gesammten deutschen Volke gewählt werden. Dieß ist eine nothwendige Forderung, welcher nur die Beschränkung der Wahlfähigkeit auf Staatsangehörige, eben so wie in Amerika, leicht genommen werden könnte.

Ich bin auch mit dem Grundsatz einverstanden, daß jeder selbständige Staat in dieser Versammlung wenigstens durch Einen Abgeordneten vertreten sein sollte. Allein indem ich den constitution-

nellen Normalausdruck der Bundesstaatspolitik „selbständiger Staat“ hinschreibe, kommt mir allerdings Waduz mit seinem Amte von 6000 Einwohnern als ein Scherz oder Hohn vor. Mein Vorschlag ist dieser. Es steht fest, daß jede Einwohnerzahl über 50,000 (die Amerikaner würden sagen, jede Zahl unter 100,000, von 50,001 an) die Berechtigung geben solle zur Wahl eines Abgeordneten. Hiernach kann also Waduz als Selbständigkeit nicht wohl bleiben: man lasse die Einwohner als Theil von Oesterreich wählen. Die übrigen Staaten unter 50,000 sind die kleineren Linien der Häuser Lippe, Reuß, Hohenzollern und Anhalt, zusammen fünf. Von ihnen haben sich bereits die beiden reußischen Häuser zu Einem vereinigt, und senden Einen Abgeordneten. Den übrigen dürfte angemuthet werden, ohne der Selbständigkeit eines dieser Häuser zu nahe zu treten, sich in dieser Vertretung mit der Hauptlinie zu Einem Stamme zu vereinigen.

Ich werde weiterhin diesen Gedanken dadurch vervollständigen, daß ich den auf diese Weise eingehenden Fürsten eine persönliche erbliche Stelle im Oberhause zu sichern vorschlage. Die Zahl der Abgeordneten erleidet dadurch keine merkliche Verminderung: keine wirkliche Persönlichkeit eines Volksiheiles wird unterdrückt: die persönlichen Rechte der hierbei theilhabenden Häuser werden gewahrt, und die Idee des selbständigen Staates kann nun im Ernst und ohne schmerzliche Gefühle aufgestellt werden. Das vorgeschlagene Princip ist billig, und ein Schutz gegen die Besorgniß weiterer Aenderungen in diesem Sinne. Homburg stirbt von selbst aus.

Daß jeder volljährige Ehrenmann wahlberechtigt sein soll, und jeder dreißigjährige Wahlberechtigte wählbar, wird kaum Jemanden erschrecken, welcher die Bildung der mittleren und unteren Volksklassen des bei weitem größten Theiles Deutschlands, und die Bildungsamkeit und Verständigkeit Aller kennt und würdigt. Jedenfalls wird man dem Entwurfe zugestehen, daß er keine Schranken aufstellen konnte. Daß man weitere Bestimmungen einer später zu erlassenden Reichs-Wahlordnung vorbehält, ist auch gewiß das Richtige. Man wird erst in einigen Jahren eine hinlängliche Erfahrung dafür besitzen.

Der an sich schon ärgerliche Vorbehalt der Genehmigung der

Landesregierungen für gewählte Beamte fällt weg. Die Erfüllung einer Ehrenpflicht für das Reich kann nie durch Urlaubsverweigerung der Regierungen unmöglich oder unsicher gemacht werden.

Das Oberhaus.

Nach dem Entwurfe besteht das Oberhaus aus zwei durchaus verschiedenen Elementen. Einmal aus den regierenden (34) Fürsten oder ihren Stellvertretern, nebst 4 Abgeordneten der 4 freien Städte. Zweitens aus 161 Reichsräthen, die das 40ste Jahr zurückgelegt haben, und Männer bewährten Verdienstes sind. Jeder Staat sendet die Männer seines Vertrauens, aus seinem eigenen Kreise, wie es der Sinn des Entwurfes zu sein scheint und wie es die Natur der Sache mit sich bringt. Von jenen 161 senden Oesterreich und Preußen je 24, Baiern 12, die anderen Königreiche und Baden je 8; jedes der beiden Hessen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Schwerin je 6; Luxemburg, Braunschweig, Nassau, Sachsen-Weimar, Oldenburg je 4; die drei sächsischen Herzogthümer je 2; alle übrigen (19) je 1.

Was nun die Reichsräthe betrifft, so ist zu untersuchen, ob eine Ernennung auf Lebenszeit nicht das Richtigere gewesen wäre. Der Unterschied ist politisch ein doppelter. Erstlich, die Ernennung auf Lebenszeit giebt eine persönliche Würde: die auf sechs oder zwölf Jahre nur ein Amt. Jenes vermittelt das Fürstenelement besser mit dem Volkselemente. Zweitens, die Ernennung auf Lebenszeit sichert am besten die persönliche Unabhängigkeit, gerade wie bei den Richtern: weshalb ja auch die Mitglieder des Bundesgerichtes für Lebenszeit ernannt werden. Und doch würde bei diesen eine Ueberhaltung noch viel bedenklicher sein als bei den Reichsräthen, wo die große Zahl der Mitglieder einen solchen Mißstand viel weniger fühlbar macht. Diese Besorgniß ist offenbar das, was für die zwölfjährige Frist entschieden hat: obwohl die Gefahr auch bei einer solchen Begrenzung keineswegs verschwindet. Selbstkenntniß, durch öffentliche Meinung gefördert, würde schon zu freiwilligem Rücktritte führen, wo derselbe wünschenswerth ist. Aus jenen Gründen hat auch die belgische Verfassung die Senatoren lebenslänglich gemacht. Ich bin, was die deutsche Bundesverfassung

betrifft, entschieden der Meinung, daß gegenüber der ungeheuern Wucht einer Volksvertretung von 45 Millionen, die aus der allgemeinsten Wahlberechtigung und Wählbarkeit hervorgeht, eine solche persönliche Unabhängigkeit ein durchaus nothwendiges Gegengewicht ist. Eine solche Unabhängigkeit ist nicht weniger im Belange der Freiheit als der Ordnung. Da die eine Hälfte von den Regierungen, die andere von den Ständen gewählt wird, so sind auch hier die Elemente der Wirklichkeit ganz naturgemäß vertreten. Auch bei Wahl auf Lebenszeit ist also eine solche Versammlung von Reichsräthen die freieste und volksmäßigste Form, welche ein germanischer Staat je gehabt hat.

Die Lebenslänglichkeit der Senatoren wird jedoch fast zur politischen Nothwendigkeit, wenn jene Reichsräthe ohne die Fürsten das Oberhaus des Reiches bilden sollen.

Und dahin geht mein entschiedenster Vorschlag.

Die Anordnung des Entwurfes ist unnöthig in einer Beziehung, und ganz unzulässig in einer andern. Sie ist unnöthig, wenn die Fürsten ihr Recht durch Vertreter ausüben, welche wesentlich dasselbe sind wie die Reichsräthe. Allerdings werden sie nur für die Dauer der Sitzung ernannt, und stellen also die jezeitige Mehrheit der Kammer und die Ansicht des Staatsministeriums dar, während jene Reichsräthe einer ganz entgegengesetzten Ansicht zugehören können.

Allein dieser Unterschied ist ein geringer: will man ihn aber doch betonen, so mögen geradezu Ministerialvertreter ernannt werden. Aber die Fürsten können nicht in dieser Versammlung vertreten werden, ohne große persönliche Demüthigung, und ohne bedeutende constitutionelle Verwickelungen und Widersprüche. Denn die vorgeschlagene Anordnung hat auf den ersten Anschein folgende ernste Bedenken gegen sich. Es ist nicht der Würde und Stellung unserer Fürsten angemessen, daß sie sich mit ihren Unterthanen zusammengestellt finden, und zwar so, daß sie, wenigstens alle größeren, nothwendig von diesen überstimmt werden, so oft eine Verschiedenheit der Ansicht obwaltet. Eine solche Einrichtung ist mit ihrem Ansehen und ihrer constitutionellen Stellung im

eigenen Lande nicht vereinbar, und ich bin überzeugt, daß die Urheber des Entwurfes beide nicht haben untergraben und unhaltbar machen wollen.

Die Fürsten persönlich auf dem Reichstage ganz zu übergehen, wäre wo möglich noch unzulässiger als ihnen eine falsche Stellung zu geben. Kann das Uebergehen einer so bedeutenden Wirklichkeit jenem Charakter der Wahrheit angemessen sein, welchen unsere Verfassung tragen soll und muß?

Die Fürsten sind bei uns eine große Wirklichkeit. Sie sind seit Jahrhunderten im Genuße vieler Oberherrlichkeits-Rechte, seit 40 Jahren alle im Besitze einer fast unbeschränkten Macht in ihrem Lande, dem Bunde gegenüber. Jeder hat eine mehr oder minder ausgedehnte persönliche Prærogative in der gesetzgebenden Gewalt, und, nach der Natur des neuen Staates, eine ganz überwiegende in der Verwaltung und Regierung. Alle diese nun, also vor Allem, wo nicht beide, wenigstens eine der beiden bisherigen europäischen Großmächte, und, wenn wir die sechs kaiserlich-königlichen Häuser zusammenfassen, fünf derselben mindestens, sollen sich der Vertretung im Auslande, und aller oder eines großen Theiles der Ernennungen im Heere begeben. Wie sollen sie (abgesehen von jener äußeren Mißstellung im Oberhause), dieses mit gutem Willen und freiem Herzen thun (und das Gegentheil, wollte man es als möglich denken, wäre eine Drachensaat), wenn man ihnen nicht mindestens dasselbe Recht des Veto, dem Reichs Oberhaupt gegenüber geben wollte, was, nach der amerikanischen Verfassung, dem Senate der Vereinigten Staaten dem Präsidenten gegenüber zusteht, wie wir oben bemerkt? Aus denselben Gründen möchte es auch bilig sein, ihnen das Recht hinsichtlich der Genehmigung von Verträgen zu geben, welches dem amerikanischen Senate zusteht.

Solche Rechte dem ganzen Oberhause verleihen zu wollen, wäre, bei der großen Anzahl desselben, und bei dem überwiegend ständischen und landschaftlichen Charakter des Hauses, keineswegs passend. In den Vereinigten Staaten kommt es naturgemäß dem ganzen Senate zu, weil es in den einzelnen Staaten dort nur Ein Element giebt: das Volkselement; nicht, wie bei uns, zwei, das volkliche und das fürstliche.

Ich schlage also zuerst vor, die Fürsten oder ihre Vertreter ganz aus dem Oberhause wegzulassen. Wir befreien sie so von einer ungünstigen und unangenehmen Stellung. Dagegen sollten die Fürsten, persönlich oder durch Stellvertreter, einen hohen Staatsrath bilden, oder einen fürstlichen Ausschuß, welcher neben der Regierung säße: nicht neben den beiden Häusern als drittes Haus. Denn treten die Fürsten in die öffentliche Berathung ein, so gerathen sie nothwendig (und das ist der zweite Hauptgrund gegen den Vorschlag des Entwurfes) entweder in constitutionellen Widerstreit mit ihren Ministern, oder erscheinen als gänzliche Nullen. Niemand kann das eine oder das andere wollen.

Was ich dagegen vorschlage, ist wesentlich ein Verwaltungs-Ausschuß. Da nun hierzu eine möglichst kleine Zahl Mitglieder gehört, so würde ich rathen, diesen Rang ganz in der Zahl und Art der jetzigen engeren Versammlung des Bundestages zu bilden. Er würde also aus siebenzehn bestehen. Ein solches Fürsten-Collegium würde auch als Staatsrath das Recht eines Vorgutachtens haben können bei Einbringung eines Gesetz-Entwurfes vom Reichs Ministerium, so wie für die in dem Reichstage selbst entsprungenen Vorschläge, nachdem sie von beiden Häusern angenommen sind, ehe sie dem Kaiser zur Sanction vorgelegt werden. Endlich siele diesem hohen Staatsrath oder Fürsten-Collegium das Recht zu, während der Erledigung des Thrones (unter Voraussetzung eines Wahlreiches) die Regentschaft aus seinem Schooße zu ernennen.

Wird nun mein oben angedeuteter Vorschlag angenommen, Lichtenstein und fünf Nebenlinien der kleineren deutschen Fürstenhäuser zu mediatisiren, so treten neben die 161 Reichsräthe des Entwurfes noch sechs Erbstimmen.

Was wir im Entwurfe als Mißstände und Unausführbarkeiten bei der Zusammensetzung des Oberhauses tadeln mußten, erscheint aber, wie mir wenigstens dünkt, noch mehr so, wenn wir die Ausdehnung der Reichsgewalt und die Stellung des Reichsoberhauptes prüfend betrachten.

Die Reichsgewalt und das Reichsoberhaupt.

(Artikel II. und III. A.)

Ich glaube, hohe Versammlung, Sie sagen mit mir, nach reiflicher Ueberlegung, alle unbedenklich: der Entwurf hat den richtigen Griff gethan, indem er das Reichsoberhaupt als ein fürstliches, als Kaiser hingestellt. Eine Regierung mit einem Volkspräsidenten an der Spitze, gegenüber den deutschen Fürsten, würde sich nicht ein Jahr halten können, ohne die allerzerstörendste Revolution. Kein Thron könnte daneben bestehen bleiben; denn um sich zu erhalten, müßte der Präsident sich ganz in die Hände der Volkspartei und der äußersten Bewegung stürzen. Das Ergebniss wäre alles, nur nicht eine organische Republik, wie die der Vereinigten Staaten, deren Stärke gerade darauf beruht, daß allen in ihr vorhandenen Elementen ihr Recht widerfährt, daß gegen Niemanden Zwang geübt, zwischen Bundes- und Staatsgewalt die Wage mit Gerechtigkeit gehalten wird. Die Folgen einer blinden Nachahmung dessen, was ihnen als unbedingt demokratischer Republik eigenthümlich ist, wäre sicherlich nicht Freiheit im Innern und Stärke nach Außen, mit Vertrauen zu Haus und in der Fremde, sondern Spaltung, Zerrüttung und Anarchie, welche das Ausland feindlich benutzen würde, wie früher. Das allgemeine Vertrauen aber, dessen wir alle so sehr bedürfen, würde weder im Lande wiederkehren, noch weniger uns vom Auslande gewährt werden. Auch nicht anders als Kaiser muß das Reichsoberhaupt heißen. So nimmt Deutschland die ihm gebührende Stelle in der europäischen Familie am würdigsten wieder ein. Ich meine aber, wir sollten vor allem uns nicht von einer tausendjährigen Vergangenheit lossagen. Deshalb möchte ich auch vorschlagen, daß die Kaiser des neuen Reiches sich in ihren Namenszahlen an die des alten anschließen. Ich denke, wir haben uns der Ludwige, Heinriche, Friedriche und ihrer Zeiten nicht zu schämen.

Aber ich gestehe, mich von zwei schweren Bedenken nicht befreien zu können, welche mir entgegentreten, wenn ich vom praktischen Standpunkte die Ausdehnung der Reichsgewalt und die Erb-

lichkeit der Kaiserwürde ins Auge fasse. Ich bitte um ruhige und freundliche Prüfung, insbesondere auch Seitens der verehrten Männer, deren Mehrheit das Letzte beschlossen, und die alle einig gewesen zu sein scheinen im Ersten.

Ich beginne mit diesem Punkte, weil sich die Frage nach dem Umfange der Reichsgewalt unmittelbar an die vorübergehende Betrachtung anschließt. Mit dem zweiten Artikel, über die Bedeutung des Reiches, bin ich ganz einverstanden. Er ist aus der klaren Idee des freien Bundesstaates hervorgegangen. Die Ausdehnung der Reichsgewalt auf die Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen, so wie auf die Ertheilung allgemeiner Erfindungspatente, ist eine Verbesserung der amerikanischen Verfassung, zu welcher uns jeder praktische Staatsmann der Republik Glück wünschen wird. Nur die Fassung des Punktes K, „die Gesetzgebung im Gebiete des öffentlichen und Privatrechts,“ sähe ich gern bald näher bestimmt, als es hier durch die Worte geschehen ist: „so weit eine solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist.“ Die gegebenen Beispiele sind unversänglich. Alle namentlich aufgeführten Gegenstände gehören nothwendig in jenen Bereich. Ich stelle ferner nicht in Abrede, daß bei dem fortschreitenden innigen Verkehre der einzelnen Staaten unter einander, bei der Gemeinsamkeit der deutschen Wissenschaft und der Allgemeinheit der Universitäten, eine gewisse Einheit in den großen Hauptzügen des Rechtssystems nothwendig und naturgemäß ist. Ich sehe darin ein heilsames Gegengift der bejammernswerthen Zersplitterung unsers Lebens, und des selbstmörderischen Zerstückelns und Verkrüppelns unsrer politischen Kräfte, wodurch wir in vielen Punkten von den großen Centralkräften Englands und Frankreichs in den Hintergrund gedrängt sind. So hat sich das Bedürfniß eines gemeinsamen Handels- und Wechselrechts bereits im Zollvereine dringend geltend gemacht. Allein es ist auch vielfach selbst im Privatrechte eine Einheit verlangt worden, mehr theoretischen Lieblingsideen zu Gefallen, als durch praktisches Bedürfniß gefordert. Ich fürchte, sie würde eine ganz unnöthige (also schädliche) Einförmigkeit zur Folge haben. Außerdem sind die wichtigsten politischen Rechtspunkte bereits durch die „Grund-

rechte“ des deutschen Volkes festgesetzt, von denen wir keines weglassen wollen.

Diese Bemerkung soll kein Bedenken gegen den genannten Punkt sein, sondern nur eine Warnung und eine Hoffnung aussprechen. Ich wiederhole also, daß ich mit dem zweiten Artikel ganz einverstanden bin, eben so wohl als mit der allgemeinen Stellung, welche dem Reichs-Oberhaupt im ersten Abschnitte des dritten Artikels angewiesen ist.

Aber der siebente Paragraph dieses Abschnittes gibt dem Kaiser die Ernennung aller Offiziere des stehenden Heeres und der Marine, so wie der Staats-Offiziere der Landwehr. Wie wenig ich hiermit einverstanden sein kann, habe ich schon oben angedeutet, wo ich in einem fürstlichen Verwaltungs-Ausschusse die Behörde zu bilden vorschlug, welcher in diesem Punkte ein Veto oder ein Vorschlag, dem Kaiser gegenüber, zustehen sollte. Diese vereinigte Thätigkeit sollte sich jedoch nicht weiter als auf die Staats-Offiziere erstrecken. Die Ernennung der übrigen bliebe allenthalben dem Landesherrn. Wer aber wie Baiern ein ganzes, oder wie Hannover, Sachsen und Würtemberg den größten Theil einer der zehn Abtheilungen des Bundesheeres hat, dem käme (also allen Königen), in Friedenszeiten die Ernennung aller Offiziere zu. Für Kriegszeiten würde sich leicht eine befriedigende Form finden lassen. Jedenfalls wäre es in dieser Weise nicht schwer, den Fürsten doppelt, *collectiv* und *persönlich*, ihr Ansehn und Würde im eignen Lande zu sichern. Es ist bekannt, daß die bisherige vierjährige Besichtigung der einzelnen Abtheilungen des Bundesheeres viele Schäden aufgedeckt und sehr wenige geheilt hat. Aber sollte bei der neuen Reichsverfassung, bei einem Reichs-Generalstabe, durch das ganze Deutschland, und bei einer jährlichen Inspection die Sache sich nicht anders stellen? Bedenken und Klagen, welche dabei sich gegen die Tüchtigkeit der vom Landesherrn angestellten Offiziere erheben dürften, würden vom Kaiser im Fürstenrathe zu erledigen sein.

Bei jener Gelegenheit habe ich auch die Ueberzeugung bereits ausgesprochen und begründet, daß der Fürstenrath bei der

Ernennung der Vertreter Deutschlands theilhaftig sein sollte. Hierbei wird jedenfalls die Form eines Veto die richtige sein. Ich muß also auch den von dieser Bemerkung betroffenen Paragraphen hiernach abgeändert wünschen.

Wir kommen nun an den zweiten der beiden oben berührten Punkte, an die schwierigste und bedrohlichste aller schwebenden Fragen: Die Erblichkeit der Kaiserwürde.

Die Mehrheit der Urheber des Entwurfes ist durch große und gewichtige Gründe bewogen worden, die tausendjährige Form eines Wahl-Kaisertums aufzugeben. Wer fühlt nicht tief mit jenen Männern das Elend, welches bei jener Form Deutschland betroffen? Ich glaube jedoch, man kann nicht wohl sagen, daß dieses Elend aus jener Form allein hervorgegangen sei. Allerdings könnte man außerdem gegen jene Männer, neben vielen andern Gründen, besonders den Umstand geltend machen, daß damals das Volks-Element größtentheils ganz fehlte, ja daß die Wahl, in den letzten vier hundert Jahren, einer fürstlichen Oligarchie anheimgefallen und eigentlich nur eine leere Form war, während jetzt die Volksgewalt als öffentliche Meinung unwiderstehlich sein würde, und, als Vetorecht des Volkshauses gegen die Wahl leicht einen verfassungsmäßigen parlamentarischen Ausdruck erhalten könnte. Allein wir würden mit solchen Einwendungen gewiß jenen Männern nichts Neues sagen. Sie würden uns erwidern, daß bei einem Wahl-Kaiser der Zukunft die Gefahr einseitiger Wahl-Capitulationen (mit oder ohne Form) schwerlich aufhören, gewiß aber zu dieser Gefahr eine viel größere, nämlich das Buhlen eines ehrgeizigen Kaisers mit der Volksgunst, hinzutreten dürfte. Ich führe diese und ähnliche Gründe nur deshalb hier nicht weiter aus, weil jene verehrten Männer ohne Zweifel noch in diesen Tagen die ausführliche Begründung ihres Entwurfes veröffentlichen werden, wenn sie es nicht bereits gethan während ich schreibe. Vieles andre läßt sich allerdings noch vorbringen zu Gunsten eines Wahlreiches, und es wird nicht an solchen fehlen, die mit Nachdruck in diesem Sinne reden und schreiben.

Von dem Standpunkte unsrer Betrachtung, dem Typus der

constitutionellen Monarchie einerseits, und dem des freien Bundesstaates andererseits, läßt sich über diesen Punkt nicht zur Entscheidung kommen. Der Typus eines Bundesstaates ist jedenfalls vereinbar zu denken mit der Form des Wahlreiches, wie mit der Erb-Monarchie. Eine politische Erfahrung der Neuzeit liegt nicht vor. Noch weniger wird man zu einem überzeugenden Ergebniß gelangen, wenn man den Streit ganz in's Allgemeine treibt, und die Vortheile der Erb-Monarchie überhaupt mit denen der Wahl-Monarchie abwägt. Ich zweifle nicht, daß bei allen solchen Untersuchungen das Gewicht der Gründe für die Erb-Monarchie überwiegen würde, und ich will mich gewiß nicht darauf einlassen zu beweisen, daß es bei der Bundes-Monarchie anders sein müßte.

Allein wir haben einen Entschluß zu fassen für einen gegebenen Staat, in einem gegebenen Augenblicke. Und von diesem praktischen Standpunkte habe ich jetzt nur ein Bedenken gegen die Erb-Monarchie; aber dieses ist mir entscheidend und muß mir als praktischem Staatsmanne entscheidend bleiben: die Unmöglichkeit einer deutschen Erb-Monarchie in diesem Augenblicke; in einem so bedrohlichen Augenblicke, wo schnelle und freie Einigung der Fürsten und Völker das erste, alles andere übertönende Bedürfniß, und die Bedingung unserer Rettung ist.

Ich rede nicht von minderen Bedenken: nicht von dem offenkundigen Widerstreben, wenigstens zweier mächtiger Königshäuser: nicht von dem Schwanken anderer, den Besorgnissen vieler. Ich rede von Oesterreich, hohe Versammlung, und zwar mit rücksichtsloser Offenheit.

Oesterreich, als erbliches Oberhaupt des Reiches, ist in diesem Augenblicke ganz unmöglich. Selbst wenn es noch rechtzeitig die Verfassung vom 25ten v. M. aufgäbe, wonach die ganze österreichische Monarchie, mit Ausschluß Ungarns, ohne alle Beziehung auf Deutschland, als ein untheilbares Ganze festgestellt werden soll: selbst wenn es mit Ungarn sich vollkommen befriedigend stellen, und mit Italien ehrenvoll, aber ohne unnützen Kampf und die Gefahr eines französischen Einfalls, sich abfinden: wenn es die in Panflavisimus und Provinzial-Reaktion befangenen Böhmen und Mähren uns zuführen wollte und könnte — das deutsche Volk würde und dürfte jetzt sein Schicksal Oesterreich nicht anvertrauen.

Oesterreich selbst könnte mit gutem Gewissen die Leitung und Wehr Deutschlands nicht in einem Augenblicke übernehmen, wo es kaum seine eigenen Gränzen zu schützen vermag: wo es, in Folge seines bisherigen Regierungssystems, ohne Steuerruder und Kompaß ist: wo es diejenigen Verbesserungen im Innern erst beginnt, für welche Preußen, unter unendlich einfacheren und günstigeren Bedingungen und Verhältnissen, vierzig Jahre gebraucht, wenn wir auch nur mit 1807 anfangen wollen.

Aber eben so unmöglich ist es für Oesterreich, die Kaiserwürde, welche so viele Jahrhunderte an seinem Hause und Lande geheftet, mit seiner Zustimmung erblich in ein anderes Haus und in ein anderes Land übergehen zu lassen. Die Regierung könnte es nicht, wenn sie es wollte: die deutsche Bevölkerung will es so wenig als die undeutsche.

Also die nothwendige Folge der Annahme des Entwurfes in diesem Punkte wäre die Losagung Oesterreichs. Für Oesterreich wäre es nur ein geringer Schritt weiter auf der Bahn, welche es seit dem 25ten v. M. eingeschlagen: ein Schritt weiter auf der Bahn des Losagens, und, ich bin fest überzeugt, ein Schritt weiter zum Untergange des deutschen Elementes — und also zur Unterdrückung des eigentlichen wahren Oesterreichs. Wie sollen sich 8 Millionen Deutsche, trotz der beherrschenden Lage ihrer örtlichen Stellung, und (seit sie mit dem Banner der Freiheit einherziehen) auch ihrer politischen Stellung, auf die Dauer halten können, neben den czechisch-slavonischen Elementen, welche mit den fünf Millionen Galliziens (Ruthenen zur größeren Hälfte) nicht geringer angeschlagen werden können als zu elf Millionen? Was soll bei dem Reichstage in Wien aus dem deutschen Elemente werden, neben solchen übermächtigen Fremd-Elementen, welche eben im Gegenschwunge ihrer Nationalität und ihres Provinzialismus begriffen sind? Wie sollte das deutsche Element auch nur ein Jahrzehend als Reichssprache, und Oesterreich als oberster Leiter, sich gegen solche Kräfte halten können?

Und doch vermöchte es beides so leicht, wenn es sich unverzüglich an das übrige Deutschland auf's Innigste anschlüsse, zum Heile nicht allein für sich selbst, sondern auch für seine nicht-deutschen

Elemente, deren keines, ohne wahren Nachtheil seiner eigenen weiteren Entwicklung des deutschen entbehren kann!

Kann aber das deutsche Oesterreich nicht bestehen ohne Deutschland, so ist es schon deswegen eine heilige Bruder- und Bundespflicht, nichts von Oesterreich zu verlangen, was ihm innerlich und äußerlich unmöglich ist.

Und was wäre Deutschland ohne Oesterreich, ohne die steirischen Alpen, ohne Tyrol, ohne Triest? Wahrlich, es wäre nicht mehr das große deutsche Vaterland, dem wir Alle unsere Treue bis in den Tod gelobt! Es hätte nicht mehr seine friedliche, vermittelnde Weltstellung im Herzen Europas!

Was denn kann, unter diesen Umständen, von Oesterreich mit Billigkeit verlangt und erwartet werden?

Ich glaube Alles, was uns wirklich Noth thut.

Die Wahlmonarchie bietet die verschiedensten Formen dar. Wir müssen zuerst uns für die Lebenslänglichkeit entscheiden, wenn wir nicht schnurstracks aus der Idee der Kaiserwürde in die des amerikanischen Präsidentenamtes zurückfallen wollen. Ein Fürst, der etwa für sechs Jahre Kaiser ist, und dann wieder König, Herzog, Fürst, Prinz wird, paßt nicht in die Idee des Fürstenthums und des monarchischen Kaiserreichs.

Dieß nun festgestellt, bieten sich uns im Allgemeinen zwei Wege dar:

Eine vorgeschriebene Wechselfolge oder eine ganz freie Wahl.

Bei der ersten Form nun würde weder ein bloßer Wechsel zwischen Oesterreich und Preußen, noch zwischen Oesterreich, Preußen und Bayern politisch zu rechtfertigen sein. Sollen Oesterreich und Preußen allein wechseln, so wird eine Doppelmacht begründet, welche mit allen Mängeln der Ohnmacht, des Mißtrauens, des Buhlens mit der aufgehenden Sonne, der endlosen Eifersüchteleien behaftet ist.

Ein solcher Wechsel (oft ohne Zweifel ein sehr rascher) würde schwerlich jenen Mächten selbst genügen, und ebenso wenig den übrigen Regierungen, welche doch zusammen größer sind im Bunde

als Preußen und Oesterreich einzeln (18 Millionen gegen 16 und 12), am allerwenigsten aber dem gesammten deutschen Volke. Sie brächte dem Reiche gewiß nichts Gutes, wenn es bereits bestände; aber das Reich zu gründen in einem so schwierigen und bedrohlichen Augenblicke — das gerechte und allgemeine Verlangen des Volkes nach einer starken Reichsregierung zu befriedigen — dazu wäre diese Form wahrlich ganz und gar nicht geeignet. Mit welchem Rechte man nun Bayern den beiden europäischen Großmächten gleichstellen könnte, mit Ausschluß der übrigen, namentlich der andern Königshäuser, das ist schwer zu begreifen. Bayern ist größer im Umfange als Hannover, Sachsen und Württemberg einzeln, hat jedoch eine bedeutend geringere Bevölkerung als diese drei Staaten zusammen ($4\frac{1}{2}$ Millionen gegen $5\frac{1}{3}$). Baden aber mit seinen anderthalb Millionen steht nahe an Württemberg mit seinen 1,800,000 Einwohnern. Stellen wir endlich jene vier Reiche den übrigen deutschen Staaten gegenüber, mit Baden an der Spitze, so ist dieser Bevölkerung, also vom Standpunkte des Bundes ihr Beitrag zur Macht und Wehr des Bundes, nicht viel geringer als der aller vier Königreiche.

Ich könnte mir also in diesem Systeme keine billige Form denken als etwa diese. Oesterreich und Preußen, als europäische Mächte, würden zuvörderst mit einander zu wechseln haben; und zwar begänne diesmal Preußen. Es ist nicht allein die größte deutsche Macht (mit 16 Millionen), während Oesterreich, mit Böhmen und Mähren, nur zwölf zählt, ohne sie kaum $6\frac{1}{2}$. Preußen hat seine europäische Stellung aufgegeben, und auf eine selbständige Stellung verzichtet, und ist also, was von ihm verlangt werden konnte, rein deutsche Großmacht. Es steht mit musterhafter Verwaltung und geordneten Finanzen da: mit einer Gemeinde-Verwaltung, die schon seit vierzig Jahren die Grundlage zu einer freien Verfassung abgeben konnte; mit einem auf der allgemeinen Wehrhaftigkeit einer waffengeübten Nation ruhenden Heere. Es ist endlich mit der fast ausschließlichen Hut an der gefährvollen Westgrenze belastet, während es die Hut im Osten mit Oesterreich theilt. Ihm also würde bei der ersten Erledigung Oesterreich folgen. Nach der zweiten Erledigung des Kaiserthrones aber wählten die übrigen deutschen Fürsten (d. h. die 14 Stimmen von III bis XVI)

und die Stimme der freien Städte, als die XVIIte des Ausschusses, einen der regierenden Fürsten aus ihrem Kreise, oder wenn man lieber will, auch einen der Prinzen dieser Häuser, der großen oder kleinen, zum Reichsoberhaupte. Der je dritte Kaiser wäre in dieser Weise nothwendig immer ein reiner Wahlkaiser, mit Ausschluß von Oesterreich und Preußen, welchen dagegen die beiden andern Fälle blieben. Diese beiden Mächte hätten deßhalb auch an dieser Wahlhandlung keinen Antheil.

So einladend eine solche Berücksichtigung der verschiedenen Elemente in Folge und Wahl auch scheint, so ernstern Einwendungen unterliegt sie bei näherer Betrachtung in der Wirklichkeit. Der jedesmalige König von Preußen und Kaiser von Oesterreich können in demselben Jahre sterben, oder die Regierung des Einen wenigstens hat die größte Wahrscheinlichkeit sehr kurz zu sein. Es läßt sich nicht so einrichten, daß der nothwendige Nachfolger des Kaisers dem nächsten Geschlechte zugehöre: er kann ebenso alt und er kann umgekehrt der Ältere, jener der Jüngere sein. Auch die Gefahren einer langen Regentschaft stehen in Aussicht. Die übrigen Fürsten können dagegen einen Kaiser in den besten Jahren erwählen bei der dritten Folge. Höchstwahrscheinlich würde diese Regierung im Durchschnitte eine so lange sein, als jene beiden zusammen, also viel bedeutender. Ueberhaupt kommen so in das System nichts als widerstreitende Prinzipien: die Erb-Monarchie, aber in zwei Häusern, und die reine Wahl-Monarchie, aber mit Ausschluß jener beiden großen Mächte, auf deren vereinten Schutz Deutschland doch vor allem angewiesen ist.

Die zweite mögliche Grundform der Bundeswahl-Monarchie wäre die jedesmalige freie Wahl. Hier kann uns nur die allerbreiteste Basis und die freieste Form genügen. Sie ist diese:

Alle regierende Fürsten Wähler; alle (oder auch die Prinzen dieser Häuser) wählbar.

Oder mit andern Worten: die Bundes-Monarchie hätte ihr erbliches Prinzip in der Gesamtheit der Fürstenhäuser, ihr freies Wahlprinzip in der jedesmaligen Persönlichkeit und Stellung des Fürsten und des Stammes.

Ich stehe nicht an, zu sagen, daß diese Form mir entschieden die beste zu sein scheint bei der Wahlmonarchie.

Sie hat zuerst den unermesslichen Vortheil, daß sie die Zukunft frei läßt, während sie für den Augenblick Deutschland die unverkümmerte Freiheit gewährt, sich vom ersten Anfange an eine starke Reichsregierung zu gründen. Die Zeit der ersten Reichsregierung wird eine kostbare Erfahrung bringen, welche uns jetzt mangelt. Oesterreich wird während derselben sich neu gestalten können, gestützt auf die ganze Macht Deutschlands und die nicht geringere der Freiheiten, welche schon die Reichsverfassung gewährleistet. In diesem Falle ist Oesterreich für die nächste Kaiserwahl großer, weitverbreiteter Sympathien sicher. Die Reichsmacht ihrerseits, gestützt auf die beiden Reichshäuser und den deutschen Einheitsinn der Völker, wird sich unterdessen so stärken können, daß das jetzt fast allgemein für unentbehrlich gehaltene Gewicht einer europäisch großen Hausmacht des Kaiserhauses vielleicht gar nicht mehr wesentlich erscheint. Geschehen wird alsdann jedenfalls in der nächsten Wahl das, was das allgemeine Beste, was das Wohl, die Freiheit, die Stärke Deutschlands nach Innen und nach Außen fordert.

Dieß ist, nach reiflichem Erwägen, meine gewissenhafte Ueberzeugung. Ihr gemäß kann ich also durchaus nichts für rathlich halten, unter dem was mir möglich scheint, als die Annahme der freien Wahlmonarchie, ohne allen weiteren Zusatz. Oesterreich kann mit vollen Ehren dafür stimmen, und ich glaube, es ist, wo möglich, noch mehr in seinem eigenen Belange, für jetzt und für die Zukunft, als in dem des übrigen Deutschland, daß Oesterreich sich ohne Zaudern und Zögern, willig und freudig mit den Brüdern in diesem Sinne einige.

Den 11. Mai. Ich habe, hohe Versammlung, Ihre Nachsicht anzurufen, daß ich Sie mit einem so langen Vortrage belästigt. Indem ich heute den Druck dieses am 7ten begonnenen Schreibens vollende, kommt mir die Nachricht zu, daß die Stadt Schleswig mir die Ehre erzeigt hat, mich zu ihrem Vertreter bei dem deutschen Parla-
mente zu ernennen. Sollte die mir hier übertragene Unterhandlung über die schleswig-dänische Angelegenheit mich des Glückes berauben von diesem Ehrenrechte Gebrauch zu machen, so wollen Sie die vorstehenden Blätter als das politische Glaubensbekenntniß des

abwesenden Mitgliedes über die große Verfassungsfrage ansehen und gütig aufnehmen.

Ich schließe mit wenigen Worten einer gedrängten Uebersicht der Reichsverfassung, wie sich uns dieselbe aus der Ihnen vorgelegten Prüfung des Entwurfs und den im Fortgange derselben nothwendig erscheinenden Abänderungen des Entwurfs ergeben hat. Die Reichsverfassung ruht hiernach auf der breiten, lebendigen Basis der dem deutschen Volke gewährleisteten allgemeinen Rechte, und auf den freien Verfassungen der einzelnen großen wie kleinen Bundesstaaten, welche wiederum auf Selbstregierung der Gemeinden und Landschaften gegründet sind. Für kirchliche Zerwürfnisse ist der Grund und Boden weggeschnitten: vollkommene Glaubens- und Religionsfreiheit wird Allen gewährleistet, und der Genuß bürgerlicher wie politischer Rechte soll durchaus unabhängig sein von dem Bekenntnisse: eine Ansicht, welche ich 1845 und 1847 öffentlich als die einzig richtige und als die bleibende Form der Zukunft dargestellt und vertheidigt habe.

An der Spitze des Reichs steht auch mir ein deutscher Fürst als Kaiser: hervorgegangen aus freier, wenn nur irgend möglich einmüthiger, Wahl und Einigung aller deutschen Regierungen mit dem Parlamente.

Ihm zur Seite stehen in der Verwaltung der hohe Staatsrath des Reiches: die deutschen Fürsten, nach ihren sechzehn Stimmen, mit dem Vertreter der freien Städte. Dieser hohe Staatsrath oder Fürsten-Ausschuß (Fürsten-Collegium) habe ein Recht des Veto bei Ernennung von Bundesgesandten durch den Kaiser: ebenso bei Verträgen: in Friedenszeiten den Beirath bei Ernennung der Staatsoffiziere durch denselben, wo diese stattfindet. In der Gesetzgebung stehe ihm das Recht des Vorgutachtens zu bei der Einreichung von Gesetzworschlägen durch das Reichs-Ministerium, und dasselbe Recht der Begutachtung vor dem Einreichen der in einem der Häuser entsprungenen und in beiden angenommenen Gesetzworschläge zur kaiserlichen Sanction und Verkündigung. Endlich übe er durch einen aus seinem Schooße zu ernennenden Reichsverweser oder eine Regentschaft die Reichsgewalt aus, während der Erledigung des Thrones. Ich denke mir als Glieder dieses hohen

Reichs-Staatsraths, wo es thunlich ist, entweder die Fürsten selbst, oder auch die Prinzen ihres Hauses, denen auf diese Weise, zu ihrem und des Reiches Besten, ein Weg zur politischen Bildung in der höchsten Sphäre eröffnet werden würde.

Dagegen bestände mir das Oberhaus, außer den 161 Reichsräthen, aus den persönlichen (Viril-) Stimmen der sechs Fürsten, deren Selbständigkeit, nach dem obigen Vorschlage, aufhören würde, demnach aus 167 Stimmen.

Das Unterhaus würde ganz so bleiben, wie der Entwurf es vorgeschlagen.

Den Schlußstein des Ganzen bildet das Bundesgericht, nach dem Vorschlage des Entwurfes.

Sie aber, hohe Versammlung, wollen das, was Ihnen in dem Gesagten etwa der Berathung nicht unwerth erscheint, in weitere Erwägung ziehen. Möge das große Werk, zu welchem die Vorsehung Sie berufen hat, von Ihnen bald, recht bald zu einer Entscheidung geführt werden, welche nicht allein einer vorübergehenden Volksaufregung, sondern den bleibenden Bedürfnissen unsers großen Vaterlandes, dem furchtbaren Ernste der Gegenwart und der Noth dieser Zeit entspricht. Nur dann wird Ihre Entscheidung die Zweifel der Abgünstigen besiegen und die Wünsche der Reider und Gegner Deutschlands vereiteln: nur dann wird sie die Hoffnungen der wahren Söhne des Vaterlandes erfüllen, und ihre gerechten Erwartungen befriedigen. Nur dann wird Ihr Werk Dauer haben, Ihnen Ehre und dem deutschen Volk Segen bringen. Der Weg zu dieser Entscheidung und zu diesem Erfolge liegt klar vor Ihnen. Er heißt vertrauensvolles Zusammenwirken der Fürsten und Völker; er heißt ruhige Berathung und gewissenhafte Prüfung; Er heißt von Anfang bis zu Ende fester Wille alle Brüder so zu vereinigen, daß jedes Glied willig Hand und Herz darbiere zum ewigen Bunde. Möge Ihr eigenes Gewissen und einst die richtende Geschichte Ihnen das Zeugniß geben, daß Sie jenen Weg erkannt, daß Sie diesen Willen gehabt und danach im entscheidenden Augenblicke gehandelt haben!

Bunfen.